

Social = Demokrat.

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Organ der social-demokratischen Partei.

Redaction und Expedition: Berlin, Dresdenerstraße Nr. 85.

Redigirt von J. B. v. Hofstetten und J. B. v. Schweizer.

Abonnement-Preis für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 18 Sgr., monatlich 6 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Königl. preussischen Postämtern 22 1/2 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 18 3/4 Sgr., im übrigen Deutschland 1 Thlr. (fl. 1. 45. Südd., fl. 1. 50. Österr. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Expediteur, von der Express-Compagnie, Spandauerbrücke 3, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. Inserate (in der Expedition anzugeben) werden pro dreizehnpaltige Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bender, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.

Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

Politischer Theil.

Deutschland.

Berlin, 17. Jan. [Landtagsverhandlungen.] Das Abgeordnetenhaus hielt heute seine 2. Sitzung.

Präsident: Grabow. Eröffnung 10 1/4 Uhr. Am Ministerische: Niemand.

Vom Präsidenten des Herrenhauses ist die Mitteilung über die gestern erfolgte Constatierung des Hauses eingegangen. Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die Präsidentenwahl. Bei dem Scrutinium für den ersten Präsidenten werden 21 Stimmen abgegeben. Es erhalten Stimmen: Abgeordnete Grabow 192, Abg. v. d. Heydt 24, Abg. Ostervath 1, und 4 Zettel sind ungültig. Präsident Grabow ist somit zum ersten Präsidenten des Hauses wiedergewählt und übernimmt das Präsidium mit folgender Ansprache: M. H.! Ihre soeben vollzogene Wahl hat mich für die ganze Dauer der letzten Session dieser Legislatur-Periode wieder zu dem schwierigen Amte eines Präsidenten dieses Hauses betruhen. Ich sage Ihnen meinen wärmsten Dank für das mir bewährte alte Vertrauen, welches mich verpflichtet, Ihrem ehrenvollen Rufe zum letzten Male zu folgen und meine schweren Pflichten nach allen meinen Kräften, gewissenhaft, treu und parteilos zu erfüllen. Sie aber bitte ich recht dringend, mir die Ausübung meines Amtes durch fernere wohlwollende, nachsichtige und kräftige Unterstützung gütigst erleichtern zu wollen. M. H.! Das düstere, in der letzten Session vor Ihnen und dem Lande aufgerollte Bild über die innere Lage unseres Staates hat sich seitdem noch mehr versunkert. Bei der Schließung des Landtages, zu einer Zeit und an einem Orte, welcher jede Wiederlegung anschliefst, (hört) ward dieses Haus beschuldigt, durch Bemerkung von Gesetzen und Nichtbewilligung von Geldmitteln das materielle Wohl des Landes beschädigt, die äußere Sicherheit desselben in Frage gestellt, die Hand nach Rechten ausgestreckt zu haben, welche seine gesetzliche Stellung im Verfassungsleben ihm verleihe, mit einem Worte: das höchste Gesetz und die höchste Richtschnur für alle Parteien, das Wohl des Vaterlandes, den politischen Meinungskämpfern gegenüber, preisgegeben zu haben. Ermuthigt durch diesen nicht begründeten, in den Landtags-Annalen unerhörten, schweren Anklageact, wagten die reactionäre Presse unbelästigt Beschuldigungen der leidenschaftlichsten und gefährlichsten Art und Geistliche unbenehmen Schritte der maßlosesten Ueberhebung gegen den zweiten gleichberechtigten Factor der Gesetzgebung. Aber dulden wollte man nicht, man untersagte und verhinderte sogar durch die bewaffnete Macht ein Fest an den Ufern des Rheines, durch welches das freisinnige Bürgerthum von Rheinland-Westfalen die viel verpöbhten und gemäßigten liberalen Vertreter des preussischen Volkes ehren wollte in dankbarer Anerkennung ihres vier Jahre hindurch unerschütterlich ausdauernden Muthes in dem schweren Kampfe für die zwischen Fürst und Volksvertretung vereinbarte und von ihnen beschworene Verfassung und für die in ihr verbrieften Volksrechte. Cronisch geworden ist der aus der gesetzlich nicht geordneten und unter der Mitwirkung der früheren Landesvertretungen niemals genehmigten Militär-Reorganisation entsprungene Verfassungskonflikt ohne Verschulden dieses Hauses, welches nur sein dem Wortlaut und dem Geiste der Verfassung unzweifelhaft entsprechendes Finanzrecht

gegen alle Auslegungskünste ununterbrochen und standhaft verteidigt, niemals aber seine Hand nach ihm nicht zustehenden Rechten ausgestreckt hat. Ungeachtet in der A. B. an das Staats-Ministerium vom 19. Mai 1862 betr. die Ausführung der Wahlen zum Abgeordnetenhaus, verheissen war:

„In weiterer Ausführung der bestehenden Verfassung soll die Gesetzgebung und Verwaltung von freisinnigen Grundsätzen ausgehen.“

ist der politische Theil der Gesetzgebung zum Stillstand gebracht. Nur das Herrenhaus hat eine endgültige Vermehrung seiner Mitglieder im Verordnungswege erfahren. Vergeblich hofft aber das Land noch immer auf die Gesetze, betreffend die Minister-Verantwortlichkeit und die Einrichtung und Befugnisse der Oberrechnungskammer, ohne welche die Verfassung keine Wahrheit ist, vergeblich auf eine von freisinnigen Grundsätzen ausgehende Unterrichts-, Gewerbe-, Gemeinde-, Kreis- und Provinzial-Ordnung. Die Verwaltung des Staats ist von freisinnigen Grundsätzen gänzlich entleert. Das sind lebendige Zeugen, die Maßregeln gegen die freisinnigen Blätter, Vereine, Versammlungen, Staats- und Gemeindebeamte und Staatsbürger. Nie und nimmermehr werden aber trotz der bisherigen Nichterfüllung jener Verheissungen das preussische Volk und seine Vertreter die unzulängbare Wahrheit verlernen, der zufolge das materielle und geistliche Wohl des Staats und seine äußere Sicherheit zunächst und vor Allem die reichhaltige Anerkennung und gewissenhafte Ausübung seines beschworenen öffentlichen Rechtes fordert, jede, nicht von diesem Rechte getragene Macht aber ein Unrecht und unfürlich ist. Nur eine auf diese Wahrheit gegründete Freiheit wird unter Achtung des allein durch die höheren, deutschen Interessen beschränkten Selbstbestimmungsrechtes der Völkervereinigung in Deutschland zu moralischen Eroberungen, zu einer befriedigenden Lösung der, trotz der glorreichen Waffenerfolge, durch die Gasteiner Uebereinkunft immer verwickelter und schwieriger gewordenen, schleswig-holsteinischen Frage und mit ihr zur bundesstaatlichen Einigung Deutschlands führen. Moge Preußen, in Erfüllung seines deutschen Berufes, einen solchen freisinnigen Entwicklungszweig unverweilt einschlagen, ehe es durch einen möglicher Weise der Freiheit günstigen Verlauf der gegenwärtig schwebenden, österreichischen Verfassungsfrage und ehe es überhaupt zu spät wird. Dann wird Deutschlands vereinfachte verfassungsmäßige Vertretung die große Zukunft unseres deutschen Vaterlandes freudigen Herzens in den mächtigen Händen unserer Könige gesichert sehen. Dies mein aufrichtig ehrlicher lebhafter Wunsch beim letzten Antritt meines Amtes!

Abg. v. d. Heydt legt Widerspruch gegen die Rede des Präsidenten ein, der indessen von diesem zurückgewiesen wird, weil er sich in seiner Rede auf den Standpunkt der angegriffenen Ehre des Hauses gestellt habe. Mit 162 Stimmen wird der Abg. v. Arnub zum ersten, mit 165 Stimmen der Abg. v. Bodum-Dolffs zum zweiten Vice-Präsidenten des Hauses gewählt. Demnach wird das Scrutinium zur Wahl der 8 Schriftführer vollzogen und darauf zur Ermittlung des Resultats die Sitzung auf 1 Stunde vertagt. Nach Wiedereröffnung der Sitzung wird der Dwesten'sche Antrag beraten werden. (So weit bis zum Schluß der Redaction, 2 1/2 Uhr.)

Die Abtheilungen des Abgeordnetenhauses haben sich gestern in nachfolgender Weise konstituiert: Es wurden gewählt zu Vorsitzenden und deren Stellvertretern, zu Schriftführern und deren Stellvertretern in

der 1. Abth.: Köpff, Wachler, Zacher, Sachs. 2. Abth.: Dr. Löwe (Bodum), Kreh, Cornely, Pruff. 3. Abth.: Immermann, Lette, Passenge (Lauban), Hammacher. 4. Abth.: Waldeck, Harfort I., Seltens, Gorkiza. 5. Abth.: Kofch, v. Sanden (Julienfelde), Winkelmann (Frankenstein), Post. 6. Abth.: Stavenhagen, v. Carlowitz, Schiebler, Lucas. 7. Abth.: Schulze (Berlin), Richter, Schollmeyer, v. Arnim.

In der Montags-Abendigung der Fortschrittspartei, die sehr stark besucht war, wurden die vorjährigen drei Präsidenten wiedergewählt. Demnach erfolgte die Wiederwahl des bisherigen Vorstandes der Fraktion: v. Fordenbeck, v. Hoyerbeck, Immermann, Kofch, Kloy, Birchow, Waldeck, Tschow und Schulze (Berlin). Der zuletzt genannte Abgeordnete erseht v. Arnub, der seine Wiederwahl abgelehnt hat.

Die Verathung über die Behandlung des Budgets von Seiten der beiden großen Fraktionen findet Dienstag Abend im Englischen Hause statt.

Die Fraktion des linken Centrums hat sich in der Sitzung vom Montag Abend konstituiert und auf die nächsten vier Wochen zu ihrem Vorstande gewählt die Abgeordneten v. Bodum-Dolffs, v. Carlowitz, Kreh, Dr. Oweist, Stavenhagen, Wachler und Dr. Ziegler.

Zum zweiten Präsidenten des Abgeordnetenhauses ist, falls Herr v. Arnub bei der Ablehnung der Wiederwahl beharren sollte, Herr v. Fordenbeck in Aussicht genommen.

Berlin, 17. Jan. [Die diesjährige Thronrede,] mit welcher der Landtag durch den Ministerpräsidenten eröffnet wurde, ist, wie wohl Jedermann gefunden haben wird, in den meisten Punkten äußerst dunkel gehalten und ganz geeignet, die Schärfe zu illustriren, welche der Conflict zwischen der Majorität der Volksvertretung und der Staatsregierung angenommen hat. An ein Nachgeben von Seiten der Letzteren, ist, so viel aus dieser Eröffnungsrede abzuschmen, weniger als jemals zu denken.

Charakteristisch für die Behandlung des Conflicts von Seiten der Regierung ist die Stelle, an der vom Etatgesetz die Rede ist, und gesagt wird, „ein solches sei nicht zu Stande gekommen, es habe daher ohne ein solches regiert werden müssen, die Staatseinnahmen hätten sich unterdessen gemehrt und die Verwaltung der Finanzen befinde sich „fortdauernd in günstiger Lage.“

Obwohl die Thronrede von möglicher Befriedigung zahlreicher Mehrbedürfnisse spricht, Schweigt sie dagegen völlig von den großen Ausgaben, welche die fernere Durchführung der Armee-Reorganisation (8 Cavallerieregimenter etc.), der beabsichtigte Umbau verschiedener Festungen und ihre Armirung erfordern. Eine Militärvorlage will die Regierung nicht machen. Der Landesvertretung bleibt somit das Recht, auf den Zustand vor 1859 zurückzugreifen.

Die Staatsregierung sagt zwar, die jetzige Heereseinrichtung sei „unter Mitwirkung der früheren Landesvertretung entstanden und nach den bestehenden Gesetzen zulässig“; allein die Zustimmung

gemäß,
abgeschlossen
und Erb
Provinz
gelegt in
Heuer-G
und sel
schädig
erfolgen
Die
kosten
Verlauf
die Du
Entwer
D
Allgeme
ist die
wenn a
sind, s
mit H
in ein
zu.
tigkeit
und bi
Gelege
tende
Mitwir
Ihnen
Leitun
bedentl
kreis d
lungen
Arbeits
Di
stossen
bistde
mit L
M
Italien
Ratifiz
Regier
werden
D
die K
Ersten
und f
orga
durch
N
gen i
und
eine
haupt
des
jetzt
es
es d
über
lassen
gene
wend

der Landesvertretung galt nur der Kriegsbereitschaft, deren Stand nun die Regierung auch auf dem Friedensfuße aufrecht erhalten haben wollte, ganz entgegen der Absicht der Landesvertretung, die nur für den vorübergehenden Bedarf Geld bewilligt hatte.

Schleswig-Holstein behandelt die Rede sehr obenhin und begnügt sich, zu sagen, die Entscheidung der Elbherzogthümerfrage werde in einer den deutschen Nationalinteressen und den berechtigten Ansprüchen Preußens entsprechenden Weise erfolgen. Welche Ansichten jedoch die Staatsregierung über diese Weise hegt, ob sie darunter die Annexion oder irgend etwas Anderes versteht, wird nicht gesagt. Offenbar beweist dies am deutlichsten die gegenwärtige Unsicherheit der Regierung in Betreff der Realisirbarkeit ihrer desfallsigen Pläne. Man will sich den Rückzug nicht abschneiden und doch nicht jedes Vordrängen, im Falle unerwarteter günstiger Gelegenheit unmöglich machen. Von dem Selbstbestimmungsrechte der Elbherzogthümer ist, wie das hier selbstverständlich, nirgends die Rede. Wohl aber ist bei Erwähnung des mit der preussischen Krone vereinigten Herzogthums Lauenburg in sein stiftsähnliche Verwendung die „Schonung seiner Eigenthümlichkeit“, auf gut deutsch seiner junkerlichen Einrichtungen und Privilegien nicht vergessen. Ueber den Fortbestand der Personalunion oder die gänzliche Einverleibung Lauenburgs ist man gleichfalls stillschweigend hinweggegangen.

Der Gesamteindruck der Rede ist, wie gesagt, der, daß sich die Regierung selbst eine Hebung des Conflicts von diesem Abgeordnetenhanse nicht mehr verspricht, vielmehr ihre Hoffnung auf Neuwahlen setzt, und sich daher weniger an die jetzige Volksvertretung als an die Wähler wendet, denen sie begreiflich machen will, daß die gegenwärtige Landesvertretung die Interessen des Landes ihrem Rechte der Budgetverweigerung hintanzusetze.

Doch dürfte schwerlich aus den Neuwahlen eine andere Volksvertretung hervorgehen, als eine solche, die nur mit weit mehr Entschiedenheit wie die gegenwärtige, die Aufrechthaltung des Staatsgrundgesetzes über momentane Nützlichkeit Rücksichten zu stellen weiß.

Wir hoffen und erwarten dies von dem freihheitlichen Geiste des Volks.

[Das Habsburgisch-Bonapartistische Bündniß betreffend] schreibt der „Hamb. Börsenhalle“ ein officiöser Wiener Correspondent (man bezeichnet als solchen den Vertreter Hamburgs und der übrigen Hansestädte am österr. Hofe), „daß man sich in Wien und in Paris wirklich näher getreten sei, und daß wohl die Dinge zwischen beiden Mächten in den nächsten Monaten eine ganz andere Gestalt annehmen würden, indem man sich über die großen politischen Fragen einander sondiren wolle. Werth lege man in Paris auf Oestreichs Haltung in Rom, wobei man sich bemühen werde, alle seine Vornahmen möglichst conservativ zu halten, indem der Kaiser von Frankreich auf die Idee zurückgreife, den Stuhl Petri unter Garantie der katholischen Mächte, mit Zuziehung Oestreichs, zu stellen. Dagegen werde man in Wien sich nicht spröde bezeigen und zu einer Anerkennung der vollendeten Thatsachen in Italien selbst sich willig finden lassen.“ Bis jetzt sollen jedoch die Verhandlungen zwischen Wien, Paris und Florenz in kein weiteres Stadium vorgeführt sein, da man, wie behauptet wird, in Paris wieder einmal kopfsich geworden sei, weil man der Habsburgischen Politik aus naheliegenden Gründen und gewissen neueren Vorfällen mißtraue.

[Ein Antrag auf Freilassung J. Jakob's] soll, wie die „Berl. Ref.“ hört, vor der Hand nicht gestellt werden.

[Preussische Presch-Schiedsalle.] Gegen die Rheinische Zeitung wurde am 15. d. M. in drei Presch-proceffen vor der Appellkammer des Justizpolizeigerichts verhandelt. In der ersten Sache war der verantwortliche Redacteur und der Verleger, Herr Kaulen, beschuldigt, in Nr. 275, 2. Bl., durch die einem bayerischen Blatte entnommene Rede des Herrn Professors Stübing von Erlangen, eines geborenen Schleswig-Holsteiners, die Anordnungen der Staatsbehörde durch Spott und Verhöhnung dem Hasse und der Betrachtung preisgegeben

zu haben. Das Urtheil erster Instanz, durch welches der Redacteur zu 25 Thlr., der Verleger dagegen von Kosten und Strafe freigesprochen, wurde in Betreff des Redacteurs bestätigt, dagegen Hr. Kaulen in eine Geldbuße von 25 Thlr. verurtheilt. — Die zweite Sache betraf einen in Nr. 186 der Rheinischen Zeitung enthaltenen Artikel: „Der Kampf des Hrn. v. Biemarck gegen den Augsburger.“ Der Verfasser des Artikels, sowie der verantwortliche Redacteur waren in erster Instanz zu je 25 Thlr. Geldstrafe verurtheilt. Die Appellkammer reformirte dieses Erkenntniß und sprach beide Beschuldigten von Strafe und Kosten frei. Auch in Betreff der dritten Prozeßsache, welche einen in Nr. 193 enthaltenen Artikel: „Erlaß des Herrn v. Roon“ zum Gegenstande hatte, erfolgte Freisprechung. Das Urtheil erster Instanz lautete für den Verfasser und Redacteur auf je 25 Thlr. Geldbuße.

Hannover. [Der Handelsvertrag mit Italien] ist nun auch von der hiesigen Regierung unterzeichnet worden, jedoch mit alleiniger Ausnahme des Schlußprotokolls.

*** Baden.** [Die Schulzeischen Vereine und das allgemeine directe Wahlrecht.] Mehrere Arbeitervereine haben sich gegen die Auforderung, Petitionen für das allgemeine Wahlrecht unterzeichnen zu lassen, erklärt. Sie berufen sich auf den Beschluß des Vereinstages und protestiren überhaupt gegen die Befugniß des ständischen Ausschusses, eine derartige Aufforderung ergehen zu lassen. Formell handeln diese Vereine ganz correct. Darin aber liegt der Fehler, daß man sich auf dem Stuttgarter Arbeitertage, angeblich aus nöthiger Rücksicht auf die Regierungen, welche darin eine Veranlassung zu Befolgungen der Vereine erblicken könnten, also im Grunde aus Furcht, von gewissen Herren zu solchen Beschlüssen bestimmen ließ. Jene Herren wußten recht gut, daß ohne ernste Massenagitation jenes Wahlrecht noch lange als völlig harmlos auf dem Programm stehen bleiben würde.

*** Jserlohn, 13. Jan.** [Die Amtsenthebung des Directors Dr. Meißel durch den Bürgermeister Hülsmann betreffend] schreiben die Blätter:

Diese Maßregel ist die Folge von Differenzen, welche bei der Berathung des Etats für die Realschule zwischen dem Bürgermeister und dem Director entstanden sind. Die Nothwendigkeit eines chemischen Laboratoriums an der Realschule soll dem Bürgermeister nicht einleuchtend gewesen sein und soll derselbe irgend einer Position, welche sich auf die Einrichtung des Laboratoriums bezog und welche von dem Director als unumgänglich notwendig bezeichnet wurde, seine Zustimmung verweigert haben. Der in Folge dessen entstandene Meinungsanstoß soll das Verfahren des Bürgermeisters herbeigeführt haben.

Mit Recht erachtet es die „Eif. Ztg.“ nicht der Stellung eines Realschuldirektors für angemessen, wenn derselbe durch den Bürgermeister, wenn auch nur vorläufig, seines Amtes entsetzt werden kann.

Ausland.

*** Paris, 15. Jan.** [Tagesbericht: Die diesjährige Session. Portugal. Der Kaiser als Präsident der 1867er Ausstellung. Die Demi-Monde. Die Stürme.] Die Regierung wird möglichst bestrebt sein, in der diesjährigen Session allen Angriffen der Opposition vorzubeugen. Die Adressdebatte soll auf die wichtigsten Paragraphen beschränkt sein und auf diese Weise den Allgemeinheiten keinen Spielraum gewähren. Ob dies viel nützen wird, ist sehr zweifelhaft, denn das Cabinet hat der empfindlichen Stellen mehr als jemals: Die Verlegenheiten des auswärtigen Ministers betreffen Mexiko, die des Finanzministers das in's Ungeheuer gehende Deficit, und die des Ministers des Innern die wachsende Verminderung des Volkes. Man ist daher auf die Thronrede sehr gespannt, besonders wegen Mexiko. — Der „Abend-Moniteur“ bringt aus Portugal Nachrichten, wonach man dort für die iberische Union nicht eingenommen wäre. Er meldet:

Man schreibt aus Lissabon, daß die Mannschaft des insurgirten spanischen Bataillons aus Avila, welche nach Portugal übergetreten ist, aus 400 Infanteristen mit 32 Offizieren bestand. Das Corps ging bei Simioso, in der Provinz Tres-os-Montes, über die Gränze, wurde sofort entwaffnet und vom General Salmiro nach Bragame abgeführt, wie dies die Regierung des Königs Dom Luiz angeordnet hatte. Portugal blieb trotz der

Aufregung, welche der Militär-Aufstand in dem Nachbarlande verursachte, ruhig, und die Cortes setzten ihre Arbeiten mit Ruhe fort.

Das hiesige Cabinet soll dem Kaiser angerathen haben, die Präsidentschaft der allgemeinen Ausstellung für 1867 in „eigener Person“ zu übernehmen. — Die Demi-Monde, die sich durch die fortwährenden Angriffe der Journale gegen ihr Thun und Treiben aufs Tiefste verletzt fühlt, will jetzt ein Journal veröffentlichen, worin sie ihre Interessen verteidigen will und welches beweisen soll, daß der männliche Theil der „Monde“ einzig und allein daran Schuld ist, daß der weibliche Theil der „Demi-Monde“ entsteht und bestehen kann. Ist auch richtig. — Die jüngsten Stürme haben in Paris viel Unheil angerichtet: eine Masse Häuser wurden beschädigt, viele Bäume entwurzelt und eine nicht geringe Anzahl Personen durch herabstürzende Schornsteine und Ziegel mehr oder weniger schwer verletzt.

zch. London, 15. Jan. [Amerika: Das Achtstunden-Arbeitsystem. Frederic Harrison über engl. Arbeiter-Vereine. (Schluß.)] Die Agitation zur Reducirung der Arbeitszeit auf acht Stunden per Tag bildet die Grundlage der neuen Arbeiterbewegung in Amerika. Acht Stunden Arbeit, acht Stunden Erholung und acht Stunden Ruhe ist das sociale Lösungswort unserer überseeischen Brüder, und man glaubt allgemein, daß ein günstiger Erfolg dafür gesichert sei, weil in allen großen Handelsstädten und Fabriorten Massenversammlungen von Arbeitern zur Beförderung dieses Zieles abgehalten werden. Es ist zugleich von großer Wichtigkeit, daß die angesehenen Staatsmänner alle mögliche Unterstützung versprechen. In einer großen Anzahl von National- und Regierungswerkstätten ist das Achtstunden-System schon eingeführt. Die Gewerbevereine haben die Bewegung in die Hand genommen, und beabsichtigen, von dem Congreß ein rechtmäßiges Gesetz zu verlangen, welches die tägliche Arbeitszeit auf acht Stunden feststellt. Der Erfolg dieser Bewegung muß das Steigen der Preise aller Produkte bewirken und folglich auch eine Lohnerhöhung nöthig machen; stellt sich der Lohn mit dem höheren Preis der Waaren in's Niveau, so bleibt dem Arbeiter ein Reingewinn an Zeit. Unsere amerikanischen Brüder haben eine bessere Kenntniß von der Pflicht, die ihnen als Männern zusteht und eine höhere Schätzung von der Würde und dem Rechte der Arbeit; wahrscheinlich schon deswegen, weil sie als freie Männer und Bürger zu handeln gewohnt sind und als solche von ihren Mitbürgern betrachtet werden. Die Arbeiterversammlung in dem Cooper-Institut, am 6. December zu New-York, war eine der größten, welche je in den Mauern dieses großartigen Gebäudes stattgefunden. Hr. Michael Stephens, der Präsident der New-Yorker Arbeiter-Union, wurde zum Präsidenten ernannt. Nachdem mehrere Redner zu Gunsten der Bewegung gesprochen hatten, wurden folgende durch Herrn Harding gestellte Resolutionen einstimmig angenommen: „In Erwägung, daß die arbeitenden Klassen in der Stadt und Umgegend New-Yorks glauben, daß die physischen, geistigen und sittlichen Zustände der arbeitenden Klassen nicht das sind, was sie sein sollten, und daß sie viel Leid erdulden, welchem abzuhelfen ist, wie z. B. Entkräftung und zu früher Tod, durch zu viele Arbeit ohne die nöthige Erholung, und Zeit zur geistigen Nahrung und in Erwägung zc. zc. beschließen wir, die Arbeiter von New-York, daß acht Stunden Arbeit einen vollständigen Arbeitstag ausmachen, und wir verbinden uns, alle Mittel, welche mit Recht und Gerechtigkeit übereinstimmen, zur Erlangung dieses Zweckes anzuwenden. Ferner: da durch die Agitation unsere Leidensgeschichte in jedes Haus dringt, einem Beden in's Gewissen spricht und bald die Macht erzeugt, das Uebel zu zerstören zc. und da wir es für nöthig halten, daß jeder Arbeiter solche Zeitungen lesen soll, welche das Interesse der arbeitenden Klasse vertreten, rathen wir an, nur solche Journale zu kaufen, welche uns in unserem Kampfe für unser Menschenrecht unterstützen — acht Stunden Arbeit, acht Stunden Ruhe und acht Stunden für gesellige und sittliche Erholung. Es wurde dann ein Brief von Henry Ward Beecher verlesen, in welchem Sympathie mit der